A5 Für eine wirklich inklusive GRÜNE Partei

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

Antragstext

GRÜNE Vielfaltspolitik geht nur mit einer starken Stimme für Menschen mit Behinderung. Das geht nur miteinander, statt gegeneinander. Nur im Gespräch mit uns, statt über uns. Denn Benachteiligung hat viele Dimensionen, ist oft intersektional und verbirgt sich im Unterbewusstsein und unsichtbaren Strukturen.

1. Präambel:

Für uns BündnisGRÜNE muss deshalb gelten:

1. Eine inklusive Gesellschaft bringt Vorteile für alle Menschen - mit und ohne Behinderung.

2. Die Würde von Menschen mit Behinderung ist nicht verhandelbar.

3. Selbstbestimmung und gleiche Teilhabe für Menschen mit Behinderung sind unsere unverrückbaren Grundprinzipien.

4. Behindertenpolitik ist kein Nischenthema, sondern ein Querschnittsthema. Wegducken gilt nicht!

5. Aus Artikel 1 und 3 Grundgesetz, der Allgemeinen UN-Menschenrechtserklärung, der Europäischen Sozialcharta, der EU-Vielfaltsrichtlinie und insbesondere der UN-Behindertenrechtskonvention ergeben sich klare Rechtsansprüche.

6. Menschen mit Behinderung wollen kein Mitleid, sondern Respekt. Sie haben Fähigkeiten, die sie zum Wohle der Gesellschaft einsetzen wollen.

7. Schluss mit Sonderstrukturen nach dem Prinzip „Aus den Augen, aus dem Sinn“.

8. Redet nicht über sondern mit uns über Inklusion.

9. Nutzt unser vielfältiges Expert*innenwissen in eigener Sache.

10. Menschen mit Behinderung wollen und brauchen keinen Paternalismus (wohlmeinende Fremdbestimmung), sondern Nachteilsausgleiche.

11. Angriffen auf Menschen mit Behinderung und ihre Grundrechte begegnen wir lautstark. Wehret den Anfängen!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versteht sich als Bündnispartei, deren Stärke in der Vielfalt liegt. Seit der Gründung setzen wir uns für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ein. Unser Vielfaltsstatut formuliert das klare Ziel: Die Repräsentation von gesellschaftlich diskriminierten oder benachteiligten Gruppen soll mindestens gemäß ihrem gesellschaftlichen Anteil auf der jeweiligen Ebene erfolgen.

Doch die Realität in unseren eigenen Reihen bleibt weit hinter diesem Anspruch zurück. Dies führt zu einer tiefen Frustration: Wir müssen erleben, dass engagierte Mitglieder aus der Partei austreten, weil sie sich persönlich ausgebremst, das Thema Inklusion strukturell nicht umgesetzt und programmatisch nicht ausreichend gespiegelt sehen. Wenn wir als Partei glaubwürdig bleiben wollen, müssen wir unsere eigenen, unsichtbaren und ausschließenden Strukturen sichtbar machen und einreißen.

2. Repräsentationslücke:

Wir freuen uns über sichtbare Erfolge in der Repräsentation vielfältiger Gruppen in parlamentarischen Spitzenämtern und Regierungsverantwortung. Doch Menschen mit Behinderung fehlen in dieser Sichtbarkeit eklatant. Dies belegen auch die innerparteilichen Zahlen: Während in der Gesamtbevölkerung laut Bundesteilhabebericht fast 30% der Menschen eine Behinderung aufweisen (davon 9,3% mit anerkannter Schwerbehinderung), liegt dieser Anteil bei uns derzeit nur bei 6% mit anerkannter Schwerbehinderung. Diese Unterrepräsentation zeigt, dass unsere Strukturen noch immer nicht so durchlässig und inklusiv sind, wie wir es uns zur Aufgabe gemacht haben. Insbesondere auch auf höherer Mandatsebene (Landtag, Bundestag) klafft eine große Lücke.

3. Ableismus im parteiinternen Alltag:

Wir stellen uns laut Statut Diskriminierung auch innerhalb unserer Partei entschlossen entgegen. Die vorhandenen inklusionsfeindlichen "strukturellen und omnipräsenten Privilegien" müssen verringert und eingeschränkt werden. Dennoch ist Ableismus bittere parteiinterne Realität. Er äußert sich oft subtil, aber mit massiven Auswirkungen auf die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderung:

- Tokenismus und Quotendenken: Es kommt vor, dass Kandidat*innen mit Behinderungen ein guter Listenplatz mit der Begründung verwehrt wird, dass bereits eine andere Person mit sichtbarer Behinderung gewählt worden sei (Zitat: „Es wurde schon ein Mensch mit Behinderung gewählt“). Vielfalt ist jedoch keine Checkliste, die man mit einer einzelnen Person abhakt.

- Degradierung von Leistung und Kompetenz: Politischer Erfolg von Mandatsträger*innen mit Behinderung wird intern teils auf die Behinderung reduziert („nur so weit gekommen, weil…“). Gleichzeitig wird Betroffenen pauschal eine geringere Leistungsfähigkeit unterstellt, weshalb ihnen von Kandidaturen abgeraten wird oder sie aus Fraktionen und Ämtern gedrängt werden, samt Aufforderung, ihr Mandat/Amt niederzulegen. Tatsächlich gehen Menschen mit Behinderung oft über ihre Leistungsgrenzen und zeigen aufgrund ihrer härteren Lebenserfahrung eine überdurchschnittliche Resilienz.

- Victim-Blaming: Absurde Argumentationsmuster, bei denen Menschen die Schuld an erworbenen Behinderungen (z.B. durch Unfälle) zugewiesen wird, um ihnen die Legitimation abzusprechen, das Thema Vielfalt politisch zu vertreten, sind inakzeptabel.

- Sprachliche Diskriminierung: Ableismus reproduziert sich in unserer Alltagssprache. Unbedachte ableistische Metaphern in politischen Debatten wirken exkludierend. Durch kritische Selbstreflexion müssen wir ein Bewusstsein über diese Diskriminierungsmechanismen verankern und sie abbauen. Umgekehrt steht es Betroffenen

stets frei, sich negativ besetzte Begriffe wieder anzueignen und sie als Selbstbezeichnung politisch positiv umzudeuten.

- Infragestellung der Behinderung: Vor allem unsichtbare und psychische Behinderungen werden oft abgewertet oder ganz in Frage gestellt. Niemand sollte aber unter Rechtfertigungsdruck gestellt werden, persönlichste Dinge offenbaren zu müssen, die aus gutem Grund hohen Ansprüchen an Vertraulichkeit unterliegen und entsprechend rechtlich behandelt werden. Hier werden Betroffene in eine unmögliche Situation mit hohem Risikopotenzial gebracht, da die Informationen gegen sie verwendet werden (können).

4. Unsere Forderungen zur strukturellen Verankerung:

Es reicht nicht mehr, Inklusion nur in Sonntagsreden zu fordern. Wir verlangen, dass das Thema endlich konkreten Niederschlag bei all unseren Abgeordneten und in der täglichen Arbeit findet. Das Vielfaltsstatut sieht ausdrücklich vor, Instrumente wie Quoten oder Empowerment-Maßnahmen zu entwickeln, um unsere Ziele zu erreichen. Daraus leiten wir folgende Forderungen ab:

- Einführung einer Quote: Um die Lücke zwischen den knapp 30% von Menschen mit Behinderungen (davon 9,3 % anerkannt schwerbehindert) einerseits und unserer parteiinternen Repräsentanz von nur 6 % mit anerkannter Schwerbehinderung andererseits zu schließen, fordern wir eine verbindliche Quote für Menschen mit Behinderung bei der Besetzung von Ämtern und Mandaten. Insbesondere auch bei den bevorstehenden Landtagswahlen 2027 in NRW und Schleswig-Holstein.

- Wirksame Antidiskriminierungsstruktur: Das Statut verspricht, Diskriminierungsfälle aktiv zu bearbeiten und Betroffene zu schützen. Wir fordern den flächendeckenden Ausbau einer unabhängigen, weisungsfreien Antidiskriminierungsstruktur, die bei ableistischen Vorfällen effektiv eingreift und sensibilisiert. Hierzu brauchen wir zeitnah Richtlinien für den Umgang mit Menschen mit Behinderung bzw. schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Die angemessene Einbindung in die Awareness-Strukturen (Achtsamkeit/Bewusstsein) unserer Partei halten wir für unabdingbar. Verstöße bedürfen einer klaren Sanktionierung.

- Empowerment durch Vernetzung: Wir fordern die offizielle Einrichtung und dauerhafte finanzielle Unterstützung eines „Netzwerks von Stammtischen für Mandatsträger*innen mit Behinderung“. Das Statut sieht explizit vor, Räume zu stärken, in denen sich Menschen mit Diskriminierungserfahrung in einem geschützten Rahmen austauschen und vernetzen können. Parallel dazu bedarf es ähnlicher digitaler Schutzräume.

- Wahl von Inklusions-Obleuten: Wir fordern die Einführung von Obleuten (Ob-Frau, Ob-Mann, Ob-Person) auf allen Gliederungsebenen. Diese müssen mit den nötigen Befugnissen ausgestattet werden, um auf die konsequente Umsetzung der Inklusion in der alltäglichen Parteiarbeit zu achten.

- Umfassend barrierefreie Partei: Zeitnahe Überarbeitung und Präzisierung des Leitfadens für barrierefreie Veranstaltungen. Mit einem aus Verzichtsspenden finanzierten Sozialfonds behinderungsübergreifend für gleiche Teilhabe in der Partei sorgen. Konkrete Nachteilsausgleiche (u.a. bei Redezeiten) in den Parteistatuten statt neuer und zusätzlicher Hürden.

Version in einfacher Sprache:

1. Einleitung:

Diskriminierung von Menschen mit Behinderung gibt es oft auch in unserer Partei. Sie ist häufig unsichtbar. Sie ist nicht immer absichtlich. Viele Menschen mit Behinderung werden und sind zusätzlich aus anderen Gründen benachteiligt (schweres Wort dafür: intersektionale und Mehrfach-Diskriminierung).

Deshalb brauchen wir klare Regeln für den Umgang mit uns Menschen mit Behinderung in unserer Partei. Und brauchen Grundsätze für politischen Austausch:

1. Wir sind für eine inklusive Gesellschaft, weil sie gut für alle ist.
2. Unsere Menschenwürde ist nicht verhandelbar.
3. Selbstbestimmung und gleiche Teilhabe ohne wenn und aber.
4. Behindertenpolitik ist ein Querschnittsthema (das heißt: Wir Menschen mit Behinderung müssen überall mitgedacht werden und alle sollten dabei helfen).
5. Deutsche, europäische und internationale Gesetze und Verträge geben Menschen mit Behinderung klare Rechte. Insbesondere die UN-Behindertenrechtskonvention.
6. Wir wollen Respekt und haben Fähigkeiten, die wir zum Wohle der Gesellschaft einsetzen wollen.
7. Schluss mit Sonderstrukturen, die uns unsichtbar machen.
8. Redet nicht über sondern mit uns.
9. Wir sind die Experten: Nutzt unser Wissen in eigener Sache.
10. Wir brauchen keine unerbetene Hilfe, sondern konkrete Nachteilsausgleiche.
11. Wenn wir Menschen mit Behinderung und unsere Grundrechte angegriffen werden, dann müssen wir alle sofort und laut „Stopp“ sagen!

Anspruch und Wirklichkeit:

Die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagt: Vielfalt macht uns Stark. Seit der Gründung setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen immer mitmachen können. Unser Vielfalts-Statut (das sind unsere Regeln für Vielfalt) sagt ganz klar: Benachteiligte Gruppen sollen in der Partei genauso stark vertreten sein wie in der Gesellschaft.

Aber die Wirklichkeit in der Partei sieht leider anders aus. Das macht viele sehr traurig und wütend. Aktive Mitglieder verlassen sogar die Partei. Sie sagen: Die Partei redet nur über Inklusion, tut aber zu wenig dafür. Wenn wir als Partei glaubwürdig sein wollen, müssen wir unsere eigenen, unsichtbaren Barrieren erkennen und abbauen.

2. Wir sind zu wenige (Repräsentationslücke):

Wir freuen uns, dass verschiedene Gruppen in der Partei und in der Regierung besser vertreten sind. Aber Menschen mit Behinderung fehlen in wichtigen Ämtern. Die Zahlen zeigen das deutlich: In Deutschland haben fast 30% eine Behinderung. Das sind sehr viele! 9,4 Prozent der Menschen haben eine Schwerbehinderung. Aber in unserer Partei haben ab der

Kreis-Ebene aufwärts nur 6 Prozent in Ämtern und Mandaten eine Schwerbehinderung. Das zeigt: Wir lassen Menschen mit Behinderung noch immer nicht richtig mitmachen.

3. Diskriminierung im Partei-Alltag (Ableismus):

Ableismus ist das Fach-Wort für die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung. In unseren Regeln steht, dass wir gegen Diskriminierung sind. Trotzdem gibt es auch in unserer Partei Ableismus. Er zeigt sich oft im Verborgenen, hat aber schlimme Folgen:

- „Einer reicht" wird oft gesagt: Manchmal bekommt eine Person mit Behinderung keinen guten Listen-Platz. Die Ausrede ist dann: „Es wurde schon ein Mensch mit Behinderung gewählt." Aber Vielfalt ist keine Liste, auf der man einfach ein Häkchen macht.

- Leistung wird schlechtgemacht: Manchmal wird gesagt: „Die Person hat es nur wegen der Behinderung so weit geschafft." Gleichzeitig wird oft behauptet, Menschen mit Behinderung könnten nicht so viel leisten. Deshalb wird ihnen davon abgeraten, für ein Amt zu kandidieren. Oder sie werden sogar aus ihrem Amt oder Mandat gedrängt. Das ist Mobbing, das darf nicht sein!

- Falsche Vorwürfe (Victim-Blaming): Manchmal wird Leuten gesagt, sie seien an ihrem Unfall oder ihrer Behinderung selbst schuld. Darum dürften sie das Thema Vielfalt nicht vertreten. Das ist völlig falsch.

- Verletzende Sprache: Diskriminierung zeigt sich auch in unserer Sprache. Oft werden verletzende Wörter benutzt, ohne nachzudenken. Wir müssen unsere Sprache ändern, damit sie niemanden ausschließt.

  Manchmal benutzen wir selber solche Worte. Das ist dann gut und richtig, wenn es uns stärkt und Kraft gibt.

- Infragestellung der Behinderung: Viele Menschen haben eine unsichtbare oder psychische Behinderung. Das darf nicht abgewertet oder in Frage gestellt werden. Niemand soll sich rechtfertigen müssen oder sehr persönliche Dinge erzählen müssen.

4. Unsere Forderungen (was sich ändern muss):

Schöne Reden reichen nicht mehr. Wir fordern, dass Inklusion im Alltag der Partei und bei den Abgeordneten wirklich gelebt wird. Unsere Regeln für Vielfalt erlauben Maßnahmen wie Quoten. Darum fordern wir:

- Eine feste Quote: Wir wollen die Lücke zwischen den 9,4 Prozent (in der Gesellschaft) und den 6 Prozent (in der Partei) schließen. Deshalb fordern wir feste Plätze (eine Quote) für Menschen mit Behinderung bei Ämtern und Wahlen.

- Hilfe bei Diskriminierung: Wenn Menschen mit Behinderung diskriminiert werden müssen sie wissen, an wen sie sich wenden können. Dafür muss es überall in der Partei unabhängige Stellen geben, die dann helfen. Sie dürfen nicht weisungsgebunden sein, damit sie die richtigen Entscheidungen treffen. Sie müssen auch Strafen verhängen dürfen. Wir fordern dafür klare Regeln und wollen mehr Bewusstsein in der Partei schaffen.

- Treffen für den Austausch: Wir fordern regelmäßige Treffen für Menschen mit Behinderung, die gewählt wurden. Die Partei muss diese Treffen offiziell machen und

Geld dafür geben. Dort können sich Betroffene in einem geschützten Raum austauschen und gegenseitig stärken. Diese Treffen soll es mal in live und mal digital geben.

- Ansprech-Personen (Ob-Leute): Es muss auf jeder Ebene der Partei mindestens eine Person geben, die sich um Inklusion kümmert. Diese Personen brauchen echte Rechte, damit sie bei der Partei-Arbeit auf Inklusion achten können.

- Umfassend barrierefreie Partei: Wir überarbeiten ganz schnell die Richtlinien für Barrierefreiheit. Damit alle unsere Veranstaltungen niemanden ausschließen. Wir fordern einen Spar-Topf, aus dem alles bezahlt wird, der für gleiche Teilhabe aller Parteimitglieder sorgt. Das finanzieren wir aus Verzichtsspenden. Auch unsere Satzung und Regeln müssen barrierefrei sein: wir brauchen mehr Nachteilsausgleiche.

Begründung

(einstimmig beschlossen auf der Sitzung der BAG Behindertenpolitik am 26.4.2026)

Unterstützer*innen

Louisa Fries (BAG Behindertenpolitik); Christian Judith (BAG Behindertenpolitik); Susann Kolba (BAG Behindertenpolitik)